

- ▷ Rationalisierungsstand und Hektar-Erträge der deutschen Landwirtschaft;
- ▷ Vollbeschäftigung, Gastarbeiterzahl und Arbeitszeit in der deutschen Wirtschaft;
- ▷ Sozialstruktur der Autobesitzer;
- ▷ Verkehrsdichte auf den Autobahnen;
- ▷ Angebote der Reisebüros sowie Leistungsfähigkeit des deutschen Bankgewerbes.

Der russische Katalog-Leser erfährt das schwäbische Lebenslatein: „Schaffe, schaffe, Häusle bauen / und net nach den Mädle schauen.“

Auf fünf Seiten wird Raumordnung und Aufbau einer ganz neuen Stadt demonstriert: der Sennestadt bei Bielefeld.

Daß auch in Deutschland Wasser aus Wand kommt, führen zwei Kinder im Waschraum einer Hamburger Schule vor.

Ob Kirchturm oder Bohrturm — der Russe kann es nachlesen, so er nicht weiß, daß im Westen auch die Kirche architektonisch gewagten Bau-Experimenten folgt.

Nur ein Begriff fehlt sowohl in der Ausstellung als auch im Katalog: Von Berlin und seinen Bauten ist nicht die Rede.

Vor die Wahl gestellt, entweder auf die Erwähnung der ehemaligen Reichshauptstadt oder auf die Ausstellung überhaupt zu verzichten, entschied sich das Bonner Auswärtige Amt gegen Berlin.

BUNDESLÄNDER

NORDRHEIN-WESTFALEN

Bis die Lust vergeht

Auf den Pulten des Landtags zu Düsseldorf trommelten die Fäuste von 99 Sozialdemokraten den Triumphmarsch zu einer Niederlage: Dr. Franz Meyers, Ministerpräsidenten-Kandidat der nordrhein-westfälischen Christ- und Freidemokraten, war im ersten Wahlgang durchgefallen. Eine Stimm-enthaltung aus den eigenen Reihen hatte ihn um den Sieg gebracht.

Auch in der zweiten Runde blieb der Unbekannte hart: Er enthielt sich wiederum des Votums. Doch diesmal — als die einfache Mehrheit entschied — genügten 100 christ- und freidemokratische Stimmen, um Franz Meyers zum drittenmal auf den Sessel des Regierungschefs im volkreichsten Bundesland zu hieven. Gegenkandidat Heinz Kühn, Sieger der Landtagswahl vom 10. Juli, blieb auf der Oppositionsbank.

Die Vision wundergläubiger Sozialdemokraten, einige Christ- oder Freidemokraten würden Kühn statt Meyers kühren, war endgültig zerronnen. Der SPD blieb nur, grimmig zuzuschauen, wie Meyers aus dem „miserablen Startloch“ („Ruhr-Nachrichten“) seiner Wahlniederlage zum Hindernislauf in die nächsten vier Jahre ansetzte.

Und schon an der ersten Hürde — bei der Zusammenstellung seines neuen Kabinetts — kam der routinierte Regierungschef aus dem Tritt.

Zunächst zeigte er wenig Phantasie: Die alten CDU-Regierungsmitglieder Joseph Pütz (Finanzen), Paul Mikat (Kultus), Konrad Grundmann (Arbeit

und Soziales), Gerd Lemmer (Bundesangelegenheiten) und Gustav Niermann (Landwirtschaft) sowie die FDP-Minister Weyer (Inneres) und Kienbaum (Wirtschaft) wurden in ihren Ämtern bestätigt.

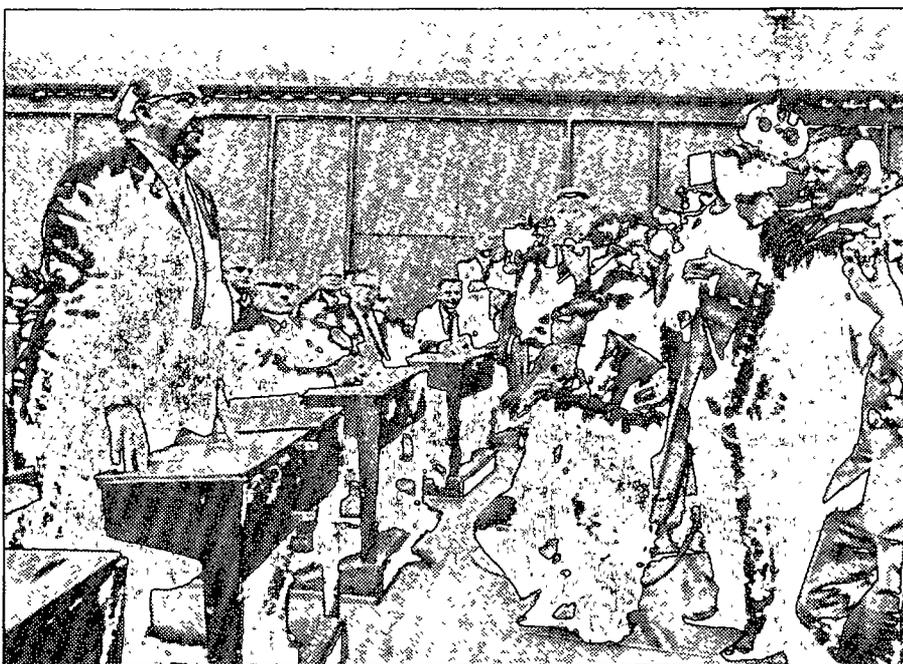
Dann mußte Meyers in aller Eile für die ausscheidenden CDU-Minister Joseph Franken (Wohnungsbau) und Arthur Sträter (Justiz), beide amtsmüde, Ersatz suchen. Sein Wunsch, den ehemaligen Kölner Oberstadtdirektor Dr. Max Adenauer auf Frankens Posten zu manövrieren, scheiterte am Einspruch der Parteifreunde, die ein Kabinettsmitglied ohne Landtagssitz für untragbar hielten.

Denn der Kanzlersohn hatte seinen Wahlkreis an den neuen SPD-Landtagspräsidenten John van Nes Ziegler verloren und war auf der Landesliste an aussichtsloser Stelle placiert worden. So fand Meyers niemand anderen als den Hauptgeschäftsführer der Hand-

Doch auch Parteifreunde demonstrierten ihr Mißfallen an der neuen Regierung-Ehe zwischen CDU und FDP. So legte der Vorsitzende der rheinländischen CDU-Sozialausschüsse, Ferdinand Breidbach, aus Protest sein Amt nieder. Der CDU-Fraktionsvorsitzende im Stadtrat von Hohenlimburg (Kreis Iserlohn), Josef Bieke, gab sein Parteibuch zurück. Und von der Elbe her räsonierte Hamburgs CDU-Chef Erik Blumenfeld, die Parteifreunde an Rhein hätten eine „ungute Entscheidung“ getroffen, die ihnen noch viel Ärger bringen werde.

In der Tat erfüllte sich schon bei der Wahl des Regierungschefs Heinz Kühns Voraussage, eine CDU/FDP-Koalition werde ständig „am Rande des Abgrunds dahintaumeln“.

Christdemokraten (86 Sitze) und Freie Demokraten (15 Sitze) müssen die Bänke stets voll besetzen, um gegen 99



Ministerpräsident Meyers nach der Wiederwahl. Ständig auf den Barrikaden

werkskammer Münster. Franz Berding, der erst am Vormittag zum Landtags-Vizepräsidenten gewählt worden war und nun vom zweiten Mann im Landtag zum ersten Mann im Bauministerium avancierte.

Auch ein evangelischer Jurist aus Westfalen, der den Justizminister Sträter proporzgerecht hätte ersetzen können, war nicht zur Hand; Anwalt Josef Hermann Dufhues — Westfale zwar, aber Katholik — hatte es abgelehnt, in das Kabinett seines Intimfeindes Meyers einzuziehen. Dem Regierungschef blieb nichts anderes übrig, als die Stelle vakant zu lassen und das Justizressort sich selber zu unterstellen.

So traten Meyers und Kabinett vor eine Opposition, die ihm erbitterte Feindschaft geschworen hat und sich sogleich darin übte: Weil Meyers dem Wahlsieger Kühn in der Wahlnacht nicht gratuliert hatte, verweigerte Kühn nun den Glückwunsch an Meyers. Und zur Vereidigung der in festliches Schwarz gewandeten Regierungsmannschaft erschien Landtagspräsident van Nes Ziegler lässig im sandgelben Sommeranzug.

Oppositionelle Gesetze durchbringen zu können. Fehlt auch nur ein Koalitions-Abgeordneter, so kann die Opposition durch Auszug aus dem Plenum die Beschluß-Unfähigkeit des Parlaments herbeiführen; fehlen mehr als zwei, hat eine vollzählige SPD-Fraktion die Mehrheit. Die „Welt“ unkte: „Kranke und Abwesende entscheiden also in Wahrheit an Rhein und Ruhr.“

Das aber ist laut SPD-Kühn „die Chance für die Opposition“: Sie will die Regierungsparteien mit Gesetzesvorschlägen, über die dann abgestimmt werden muß, in Atem halten. Und sie erhofft in der einen oder anderen landespolitischen Frage, in der die Koalitionspartner uneins sind, Stimmenzuwachs aus dem Regierungslager.

So etwa streben FDP wie SPD danach,

- ▷ die Hauptschulen (fünftes bis neuntes Schuljahr) zu Gemeinschaftsschulen zu erklären;
- ▷ die von zahlreichen Christdemokraten verteidigten Zwergschulen abzuschaffen;

▷ die Neugründung konfessioneller Grundschulen zu erschweren.

In der Energiepolitik hingegen sind sich Sozial- und Christdemokraten nahe. So verfiert FDP-Wirtschaftsminister Kienbaum die freie Marktwirtschaft; er will den Bergbau „gesund-schrumpfen“ lassen, was CDU-Boß Dufhues so weit brachte, öffentlich Kienbaums Rücktritt zu fordern, weil der Freidemokrat „kein Herz für die Bergleute“ habe.

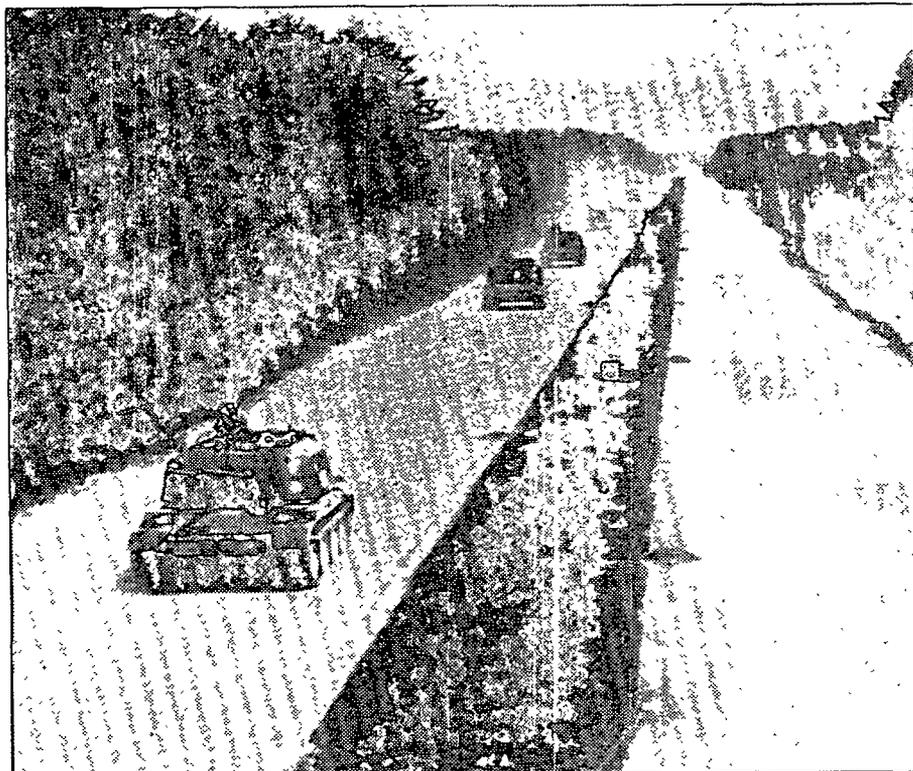
Und in sozialen Fragen, etwa bei einer Herabsetzung der Pensionsgrenze für Bergleute, darf die SPD mit dem Beistand des Arbeitnehmerflügels der CDU rechnen.

Kein Zweifel: Mit der rheinisch-westfälischen Gemütlichkeit im Düsseldorfer Landtag ist es vorbei. Nach der härte-

Der Kampf gilt dem Bestand des Status quo in Deutschland.

Er allein garantiert der DDR ein privilegiertes Dasein — ein von allen Genossen gehätschelter Vorposten des roten Lagers. Diese Position aber scheint gefährdet, seit unter Ost-Berlins Alliierten die Neigung wächst, über den Kopf der SED hinweg mit dem Westen — und mit der Bundesrepublik — ins reine zu kommen.

Voller Mißtrauen beobachtet die Einheitspartei seit Monaten vor allem die Rumänen, denen das stramme Korsett wirtschaftlicher und militärischer Bindungen an Comecon und Warschauer Pakt lästig geworden ist. Und voller Unbehagen registriert sie, mit welcher Geschwindigkeit sich das rumänische Virus auf dem Balkan ausbreitet.



DDR-Truppen auf der Autobahn westlich von Berlin*: Urlaubssperre verhängt

sten Materialschlacht um Wählerstimmen verheißt SPD-Chef Kühn der Regierung jetzt die härteste Opposition ihres Lebens.

Der verhinderte Landesvater will die Koalitionsparteien zwingen, „ihre Leute ständig auf den Barrikaden zu halten, bis ihnen die Lust am Regieren vergeht“.

DDR

STATUS QUO

Kampf im Lager

SED-Ideologe Alfred Kurella, 71, rief die Genossen zum Zweifrontenkrieg. Die DDR, so gebot der Altstalinist vor dem Zentralkomitee seiner Partei, habe sich künftig nicht nur westlicher Attacken, sondern auch der „massiven revisionistischen Tendenzen im sozialistischen und kommunistischen Lager“ kämpfend zu erwehren.

* Flakelnheit der Nationalen Volksarmee auf Selbstfahrlafetten.

Zwar mühte sich Walter Ulbricht, der drohenden Isolierung durch Vorwärtsverteidigung zu entrienen, doch sein Gegenzug — die Debatte mit den Sozialdemokraten über eine Gesamtdeutsche Volksfront — scheiterte am Einspruch des doktrinären Flügels seiner Partei: Die Honecker-Gruppe, von den risikoscheuen Sowjets bestärkt, hielt die SED für zu schwach, das Scharmützel mit der SPD heil zu bestehen.

Damit freilich hatte sich die SED selber der Chance begeben, die neue Phase der Ost-West-Politik mitzusteuern. Hilflos mußte sie zusehen, wie die Bruder-Parteien ohne Rücksicht auf die Gefühle der Eingeschlossenen von Pankow nun noch heftiger mit dem Klassenfeind poussierten.

Die Rumänen schickten als erste Ostblock-Nation ein Regierungsmitglied (den Außenhandelsminister Cioara) nach Bonn und weigerten sich — bei der Moskauer Ost-Außenministerkonferenz im Juni — als erste, Bonns Politik scharf zu verurteilen.

Die Ungarn widersprachen öffentlich und mitten in Ulbrichts Machtbereich den SED-Dogmen: Beim Staatsbesuch im Juni pries Ministerpräsident Kallái die rumänischen Vorschläge zur Auflösung der Militärblocke, und Parteichef Kádár lobte die Initiative zum Redneraustausch mit der SPD.

Die Tschechoslowaken gar weigerten sich in einer Debatte mit dem SED-Chefideologen Kurt Hager demonstrativ, ihre liberale Kulturpolitik dem doktrinären DDR-Vorbild anzupassen.

Die Polen schließlich zogen auf ihrer Warschauer Tausendjahr-Feier den Ewigkeitswert der 17 Jahre alten DDR in Zweifel. Parteichef Gomulka: „Die Sicherheit Polens und der anderen sozialistischen Länder . . . wird so lange mit der . . . Unantastbarkeit der Grenzen der DDR verbunden sein, wie die Bundesrepublik die seit vielen Jahren betriebene Politik fortsetzen wird.“

Derart bedrängt, griff die SED auf einen erprobten Trick zurück. Um den bröckelnden Block zu kitten und ihre Speerspitzen-Funktion zu erhellen, malte sie wieder einmal das Gespenst eines westdeutschen Kriegszugs gen Osten an die Wand.

In einer nahezu hysterischen Propaganda-Kampagne behaupteten DDR-Agitatoren, die Bundesrepublik unterstütze die US-Eskalation in Vietnam, „um sie morgen in Europa zu versuchen“ (so das Soldatenblatt „Volksarmee“).

Der Propaganda folgten offen zur Schau gestellte militärische Vorbereitungen. An einem Julimorgen um sieben Uhr trommelte die Partei in allen Truppenteilen der Nationalen Volksarmee ihre Aktivisten zusammen und gab Order, durch „höchste Ergebnisse in der Gefechtsausbildung . . . die Revision der Grenzen durch die Bundesrepublik zu verhindern“. Über zahlreiche Kampfeinheiten der NVA wurde Urlaubssperre verhängt.

Das DDR-Verteidigungsministerium inszenierte Grenzzwischenfälle — unter anderem auf der Elbe — und verschärfte die Grenzüberwachung. Schließlich befahl das Oberkommando Truppenverschiebungen im Norden und Westen der DDR sowie Luftwaffenübungen unter Kriegsbedingungen.

Außerdem häufte Ost-Berlin demonstrativ strategische Vorräte an: Im Interzonenhandel bezog die DDR in der ersten Hälfte dieses Jahres mehr Stahl aus der Bundesrepublik als im ganzen Jahr 1965.

Der militärischen Demonstration folgte, am Freitag letzter Woche, die erste politische Aktion: DDR-Unterhändler Kohl lehnte es unter Berufung auf die Bonner „Alleinvertretungsanmaßung“ und die „Einnischung“ der Bundesregierung in Berliner Angelegenheiten ab, das Abkommen über eine Wiedereröffnung der Passierscheinstelle für Härtefälle zu unterzeichnen.

Der Westen wertete diese Ereignisse prompt als Auftakt neuer DDR-Schikanen — etwa gegen die Verbindungswege zur Hauptstadt — und sah eine neue Berlin-Krise aufziehen. Willy Brandt zog einen Vergleich zu den Wochen vor dem 13. August 1961: „Auch damals wurde von angeblichen Kriegsvorbereitungen der Bundesrepublik gefaselt, was damals — genauso wie heute